

Postwachstumsperspektiven für die Braunkohleregion Lausitz?

Chancen und Herausforderungen

Ein Interview mit Carel Carlowitz Mohn, durchgeführt von Mai Anh Ha, Meret Batke und Bastian Lange

»Lausitzer Perspektiven« setzt sich dafür ein, den Strukturwandel in der Lausitz positiv zu gestalten und den Übergang zu einer postfossilen Wirtschaft aktiv mitzugestalten. Sie verstehen sich dabei als Plattform des Austauschs und der Verständigung darüber, wie die Zukunft der Region aussehen kann. Bürger*innen sollen nicht Zuschauer*innen und Betroffene, sondern selbst aktive Gestalter*innen des Strukturwandels sein. www.lausitzer-perspektiven.de

Carel Mohn ist gelernter Journalist und studierter Politikwissenschaftler. Als Gründungsmitglied engagiert er sich bei »Lausitzer Perspektiven«, weil er überzeugt ist, dass sich gute Arbeit, Industrie und umweltverträgliches Wirtschaften miteinander verbinden lassen.

Seit wann gibt es die Initiative?

Carel Mohn: Im Jahr 2011/2012 begannen wir, uns mit den Zukunftsperspektiven der Lausitz zu beschäftigen. Mittlerweile ist daraus ein Verein geworden, welcher sehr eng mit einem Zusammenschluss von Initiativen arbeitet, der sich »Bürgerregion Lausitz« nennt.

Was war die Entstehungsidee der Initiative?

Carel Mohn: In der Anfangszeit war ein Kohleausstieg noch nicht in Sicht, jedoch war aus Klimaschutzgründen absehbar, dass die Lausitz und die anderen Braunkohleregionen früher oder später aus der Kohle würden aussteigen müssen. Ziel war es, ein Gespräch in der Gesellschaft und der Region darüber zu beginnen, was es jenseits der Kohle an Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Dieses Gespräch soll dann auch tatsächlich auf den Weg gebracht werden.

Ist dieses Ziel noch aktuell?

Carel Mohn: Inzwischen hat sich die politische Entwicklung sehr beschleunigt. Es muss nicht mehr dieses Gespräch über die Zukunft geführt werden, um den Menschen die Angst vor dem Kohleausstieg zu nehmen, da der Kohleausstieg inzwischen beschlossen ist. Trotzdem sollte die Entwicklung der Region weiter beobachtet werden. Dabei sind vor allem zwei Punkte zentral: erstens, inwieweit eine wirklich tiefgreifende Dekarbonisierung auch ein Leitgedanke für diese Strukturentwicklung ist und, zweitens, wie sich Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen dabei beteiligen und in diesen Prozess einbringen können.

Welche Prozesse entstehen in einer Kohleregion und was hat sich verändert, seitdem der Kohleausstieg beschlossen wurde?

Carel Mohn: In den Kohleregionen besteht ein sehr dominanter Wirtschaftszweig. Dieser prägt die Region, sodass andere Branchen, Wirtschaftszweige und gesellschaftliche Sphären eigentlich kaum an diesem Riesen vorbeikommen – wobei die gefühlte Bedeutung der Kohle eigentlich immer sehr viel größer war als das reale wirtschaftliche Gewicht. Es entsteht schnell der Eindruck, diese Regionen definieren sich nur über die Kohle. Das hat auch in der Lausitz zu der Herausbildung einer Art Kohle-Establishment geführt, zu dem die Bergbaubetreiber selbst, aber auch die regionale Politik, Gewerkschaften sowie Kammern und Wirtschaftsverbände gehören. Diese haben sich lange schützend vor die Kohle gestellt und mit Angstsszenarien gearbeitet, auch noch, während der Kohleausstieg verhandelt wurde. Als dann die Perspektive des Geldes da war, wurde sehr schnell eine Wende vollzogen und überlegt, was mit dem vielen Geld umgesetzt werden kann. Das ist auch erstmal nachvollziehbar und durchaus legitim. Allerdings stellt sich die Frage, ob diejenigen, die jahre- und jahrzehntelang vehement für ein Immerweiter-so der Kohle gefochten haben, auch diejenigen sind bzw. sein sollten, bei denen die Entwicklung neuer Perspektiven in den besten Händen ist.

Der Begriff »Establishment« deutet an, dass es andere gibt, die außen vor blieben.

Carel Mohn: Das Problem ist, dass diejenigen, die schon sehr früh Entwicklungsalternativen für die Region vorgeschlagen haben, nicht dem Kreis der

überwiegend bezahlten hauptamtlichen Funktionäre angehören, die heute bei der Umsetzung neuer Entwicklungsperspektiven beteiligt sind. Dadurch haben sie auch keinen Zugriff auf die Fördergelder. Jedoch sind das Menschen, die bereits vor Jahr und Tag Ideen darüber entwickelt haben, was in der Lausitz geschehen könnte, die eben auch zivilgesellschaftliches Engagement mit sich bringen. Die Frage ist jedoch, ob diese Menschen eine Chance haben sollten, sich Gehör zu verschaffen. Was haben sie für Ressourcen, um da mitspielen zu können?

Welche Herausforderungen haben sich in der Region noch herauskristallisiert?

Carel Mohn: Es ist eine Region, die traumatisiert ist von der Erfahrung der Nachwendezeit und des Zusammenbruchs von 90% der Kohlewirtschaft und der damit verbundenen Schwerindustrie. Man hat deshalb starr an den verbliebenen Resten dieses Industriekomplexes festgehalten. Dazu gehören alle Bereiche, die mit der Kohle einhergingen sowie die energieintensive Industrie, welche darum gruppiert ist. Jedoch war schon vor 15 oder 20 Jahren klar, dass diese Branche nicht ewig weiterblühen kann, da das Klimaproblem auch damals schon bestand. Nach meinem Eindruck hat die Saga von der Kohle als einzigem Stabilitätsanker die Region in der Herausbildung von Alternativen stark blockiert.

*Welche Auswirkungen haben diese Herausforderungen auf die Bürger*innen?*

Carel Mohn: Einerseits wurde die Traumatisierung des Zusammenbruchs der DDR-Strukturen zu wenig aufgearbeitet, andererseits haben die Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg keine politische Führungsverantwortung übernommen, indem sie die Bevölkerung in der Region frühzeitig auf ein Auslaufen der Kohle eingestimmt haben. Stattdessen hat man sich in Treueschwüren und »Bekanntnissen zur Lausitzer Braunkohle« überboten. Diese Kombination sorgt bis heute für eine angespannte Stimmung. Hinzu kam, dass viele Lausitzer das Gefühl hatten, die Städter und Klimaschützer reden die Lausitz und die Arbeitsplätze in der Kohle schlecht – die real nämlich sehr gute Arbeitsbedingungen geboten haben. In Gesprächen ist oft der Frust darüber zu spüren. Diese negativen Erfahrungen müssen erst einmal abgebaut werden, und natürlich hadern viele Lausitzer*innen damit, dass

die Kohleindustrie zu Ende geht, weil dadurch zumindest mental auch eine Abwertung der Region verbunden ist.

Was sind alternative Perspektiven in der Zukunft?

Carel Mohn: Auf der Ebene der Politik ist inzwischen schon klarer, dass man etwas Neues in der Lausitz aufbauen muss. Die Frage ist allerdings, ob solche Ansiedlungserfolge, wie beispielsweise aktuell mit Tesla, wirklich nachhaltig eine gute Alternative sind. Ob sich da nicht berauscht wird am vermeintlichen Erfolg eines Industrialisierungsmodells. Partiiell funktioniert das eventuell nochmal, diese Ansiedlung großer externer Investoren, welche viele tausend Arbeitsplätze auf einen Schlag schaffen. Vergessen wird dabei jedoch, dass dieser Ansatz von wirtschaftlicher und regionaler Entwicklung eigentlich ein Kurs ist, der in den letzten 20 Jahren nicht wirklich gut funktioniert hat.

Wie äußert sich das?

Carel Mohn: Die Schwäche Ostdeutschlands hat auch damit zu tun, dass es zu wenig Mittelstand, zu wenig forschungsnahe Firmen sowie zu wenig Hauptsitze von Unternehmen in der Region gibt. Dadurch fehlen auch Forschung und Innovation. Das ist natürlich ein sehr mühseliger und langer Weg, diese Unternehmenslandschaft aufzubauen. Jedoch gibt es dazu nicht wirklich Alternativen. Die Ansiedlung eines riesigen externen Konzerns wie Tesla bestätigt fatalerweise dabei die Akteure, die stets auf die Großstrukturen gehofft haben.

Gibt es in der Lausitz Beispiele für so eine kleinteilige mittelständige Struktur?

Carel Mohn: Zwischen Sachsen und Brandenburg gibt es wohl unterschiedliche Ansätze. Das Land Sachsen war im Gegensatz zu Brandenburg in den vergangenen Jahren fokussierter darauf, auch kleinere mittelständische Strukturen zu fördern. Natürlich gibt es eine Vielzahl an Beispielen von Unternehmen, die nicht im Bereich der Kohleindustrie tätig sind. Ein Teil dieser Unternehmen steht absolut auch für Gründergeist und Unternehmertum und durchaus auch für sehr innovative Zukunftsweisen und -konzepte. Doch es braucht eben vieler solcher Unternehmen und um eine solche klein-

teilige, vitale Wirtschaftsstruktur zu schaffen, sind vor allem staatliche Investitionen in Wissenschaft und Forschung wichtig.

Ist der Begriff »Postwachstum« einer, der in der Debatte dort um eine Zukunftsperspektive auftaucht?

Carel Mohn: Ich denke, dass das in der Lausitz keine sehr hilfreiche Kategorie ist. Das Modell, welches damit verbunden wird, macht den meisten Menschen, die von dem Weggang oder Ausstieg der Kohle betroffen sind, eher Angst als Mut. Der Begriff »Postwachstum« beschreibt zu wenig, was sich im Alltag der Menschen konkret ändern und verbessern könnte. Die Region hat aber sehr konkrete Probleme, wie Abwanderung, bzw. demografische Probleme oder Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung lokaler Infrastruktur, beispielsweise die medizinische Versorgung auf dem Land oder der öffentliche Verkehr. Das sind die Themen, welche die Menschen betreffen und interessieren. Da ist es weniger hilfreich, Schlagworte wie »Postwachstum« zu verwenden, weil das eher gesellschaftlich spaltet als vereint. Postwachstum ist eine eher mit linken Werten verbundene Sichtweise, welche auch durchaus hilfreich sein kann. Wenn man jedoch in der Lausitz als einer stark von Ingenieurgeist und Industrie geprägten Region neue Zuversicht vermitteln will, denke ich nicht, dass der Begriff sinnvoll ist.

Findet in der Lausitz ein Austausch verschiedener politischer Lager in der Debatte um Regionalentwicklung statt, vor allem auch in Bezug auf die AfD und deren Definition der Terminologie Postwachstum?

Carel Mohn: Die AfD setzt darauf, Stimmungen aufzugreifen und mit Ängsten zu spielen. Das zeigt sich derzeit auch in der Lausitz. Vergessen werden darf dabei jedoch nicht, dass der Boden für die AfD über Jahrzehnte bereitet worden ist – von Akteuren, die ihre politische Führungsverantwortung nicht wahrgenommen haben, sondern unter den Bürger*innen Angst verbreiteten.

Was konkret hat die Politik da an Verantwortungsübernahme versäumt?

Carel Mohn: Die Ministerpräsidenten und zahlreiche andere Landespolitiker in Brandenburg und Sachsen haben nicht die Notwendigkeit gesehen, sich zu verändern, sondern haben Angst verbreitet vor dem Kohleausstieg.

Statt den Leuten zu erklären, dass es zwar gut bezahlte Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gibt, aber das leider nicht ewig so bestehen bleiben kann. Die Bürger*innen miteinzubeziehen bei den Überlegungen für die Zeit danach, wie ein sanfter Ausstieg machbar ist. Zusammenfassend war das ein exorbitanter Mangel an politischer Führung. Das hat die Wähler*innen zur AfD getrieben. Das ist das historische Versagen von SPD und CDU in dieser Region.

Welche Potenziale hat die Region?

Carel Mohn: Die Region hat immense Potenziale, weil sie sehr zentral zwischen verschiedenen Metropolen in Europa und auch im Schnittpunkt der drei dynamischsten Volkswirtschaften in der EU liegt. Es stehen große Flächen, große Freiräume zur Verfügung, und die Bevölkerung kann als aufgeschlossen bezeichnet werden. Es besteht beispielsweise eine natürliche Nähe zu Ingenieurwissen und vielen anderen Faktoren, die Potenzial haben. Die Region verfügt auch über ein besonderes kulturelles und industrielles Erbe, beispielsweise Erfahrungen in der Textil-, Glas- und Keramikindustrie. Das sind wertvolle Qualitäten und Möglichkeiten, die andere Regionen nicht haben. Auch die bisher von der Kohlebranche völlig marginalisierte Landwirtschaft kann eine wichtige Rolle spielen – mit Berlin liegt ein riesiger Markt direkt vor der Tür, in dem Regionalität zunehmend nachgefragt wird. Und beim Thema nachwachsende Rohstoffe, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft gibt es eine natürliche Nähe zu technischen Kompetenzen, die in der Lausitz auch bisher gefragt waren.

Welche Vorschläge oder Wünsche hast du für die Transformation zu einer postfossilen Regionalentwicklung?

Carel Mohn: Wichtig ist vor allem die Ausarbeitung eines Konzepts dazu, wie den Kommunen mehr Gestaltungsräume gegeben werden können. Diese hätten eindeutig mehr Möglichkeiten, wenn mehr finanzielle Freiräume vorhanden wären. Zudem brauchen Kommunen den finanziellen und politischen Gestaltungsspielraum, um Initiativen, Projekte und lokale »Kümmerer« zu fördern, die vor Ort Verantwortung übernehmen. Auch um gezielt Fördermittel zu beantragen oder um eigene Mittel einsetzen zu können. Die ganze Thematik dessen, was Kommunen machen könnten, wenn sie besse-

re Ressourcen und Zuständigkeiten hätten, kommt in der Debatte zu kurz. Der zweite Punkt ist, dass es wirklich viele Pioniere in der Region gibt, die sich engagieren in Kulturprojekten, in Vereinen, in Dorferneuerung. Es muss überlegt werden, wie es zu schaffen ist, dass diese Akteure ihre Ideen auch wirklich umsetzen können. Es ist extrem mühsam, Finanzierung und Unterstützung zu bekommen, um diese gemeinnützige Arbeit umzusetzen oder sich überhaupt beteiligen zu können. Neben den bezahlten Kammer- und Gewerkschaftsfunktionären gibt es auch noch eine andere Seite. Wenn diese Pioniere ihre Projekte in der Freizeit privat entwickeln müssen, ist das weder fair noch ökonomisch sinnvoll. Ein kleiner Teil dieser Milliarden sollte verwendet werden, um über Stiftungen oder Fondslösungen Wege zu finden, dass das bürgerschaftliche Engagement sich besser einbringen kann.

